



Stockhofs aus Berlin

Liebe Leserinnen und Leser!

In der vergangenen Woche ist es Bund und Ländern unter Beteiligung der Koalitionsfraktionen gelungen, sich nach über zweijährigen Verhandlungen auf eine Weiterentwicklung der föderalen Finanzbeziehungen zu verständigen. Frühzeitig haben wir finanzielle Planungssicherheit für die Jahre ab 2020 bis mindestens 2030 geschaffen. Jede Seite ist Kompromisse eingegangen, sonst hätte dieses Ziel nicht erreicht werden können.

Der Ausgleich der Finanzkraft der Länder erfolgt zukünftig im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer statt durch den bisherigen Finanzausgleich unter den Ländern. Die zusätzliche Beteiligung des Bundes im Jahr 2020 wird rund 9,5 Milliarden Euro betragen. Der Bund wird damit seiner gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht. Alle Länder stellen sich besser. Die Länder werden in die Lage versetzt, auch ihrerseits die Schuldenbremse einzuhalten, so wie es das Grundgesetz ab 2020 vorgibt. Der Stabilitätsrat wird gestärkt und überwacht künftig auch die Einhaltung der Schuldenbremse auf Bundes- und Länderebene.

Auf besonderen Nachdruck unserer Fraktion verbessern wir die Kontrolle von Mischfinanzierungstatbeständen. Der Bundesrechnungshof erhält dazu zusätzliche Erhebungsrechte. So schaffen wir Transparenz über die zweckgerichtete Verwendung der Bundesmittel und verhindern, dass Bundesgeld unkontrolliert in allgemeinen Landeshaushalten verschwindet – wie in NRW häufig geschehen. Überdies helfen wir den finanzschwachen Kommunen unmittelbar, indem der Bund Mitfinanzierungskompetenzen im Bereich der gemeindlichen Bildungs-Infrastruktur erhält; die Verteilung der Bundesmittel orientiert sich am bisherigen Bundesprogramm.

Es grüßt Sie herzlich

Ihre Rita Stockhofs

Experten aus Berlin und Brüssel stehen Rede und Antwort

Gerne möchte ich Sie auf zwei interessante Veranstaltungen hinweisen: Meine Kollegin und Finanzexpertin Anja Karliczek informiert am 25.10. um 18.30 Uhr im Knappschafts Krankenhaus Recklinghausen über Möglichkeiten der Altersvorsorge. Erhebungen haben ergeben, dass gerade junge Leute staatlich unterstützte Angebote nur selten in Anspruch nehmen. Es ist Aufgabe der Politik, das Vertrauen in die staatliche Altersvorsorge zu erhalten sowie zusätzliche Möglichkeiten der Vorsorge aufzuzeigen und damit die Grundlage für ein Auskommen im Alter zu schaffen.

Der Europaabgeordnete Dr. Markus Pieper steht Ihnen am 31.10. um 19.00 Uhr bei Bauer Südfeld in Herten Rede und Antwort. Thema ist „Wieviel EU verträgt die Landwirtschaft?“ Viele gesetzliche Regelungen, die Einfluss auf die deutsche Landwirtschaft nehmen, werden in Brüssel entschieden. Häufig wird bei Unklarheiten, die die Förderungen oder Auflagen der Landwirtschaft betreffen, auf die EU verwiesen. In welchen Fällen das berechtigt ist und wo die entsprechenden Zuständigkeiten liegen: bei der EU, dem Nationalstaat oder dem Bundesland, erklärt Dr. Pieper.

Ich würde mich sehr freuen, Sie zu den Veranstaltungen begrüßen zu dürfen. Beide Einladungen finden Sie im Anhang zu diesem Newsletter.

Gesetz zur Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand und zur Stärkung von Prävention und Rehabilitation im Erwerbsleben

Mit diesem Gesetz, das wir diese Woche in zweiter und dritter Lesung beschlossen haben, flexibilisieren wir auf Initiative der Union den Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand. Die Bevölkerungsgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen hat in den vergangenen Jahren zugenommen und wird auch in den nächsten zehn Jahren weiter wachsen. Die Menschen werden immer älter und bleiben dabei gesund. Daher wundert es nicht, dass viele Menschen gerne über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus weiter am Berufsleben teilnehmen wollen. Wir haben die Ergebnisse der Koalitionsarbeitsgruppe umgesetzt, die auf unser Betreiben hin eingerichtet worden war. Arbeitnehmer können künftig ab dem Alter von 63 Jahren eine Teilrente stufenlos wählen und so bei reduzierter Arbeitszeit weiter im Beruf stehen. Gleichzeitig erweitern wir die Grenze des Zuverdienstes, den bereits in die Rente übergetretene Personen erwirtschaften dürfen und regeln Fragen, die deren Weiterbeschäftigung betreffen. Zudem zielt das Gesetz durch neue Regelungen darauf, Weiterbeschäftigung durch Prävention und Reha-Maßnahmen zu erreichen.

Fortsetzung und Ergänzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS

Die internationale Anti-IS-Koalition kann in den letzten Monaten immer mehr Erfolge aufweisen. Wir haben den Antrag der Bundesregierung beraten, die Beteiligung Deutschlands bei gleich bleibender Mandatsobergrenze von 1.200 Soldaten fortzuführen. Die Bundeswehr leistet bislang ihren Beitrag durch Luftbetankung, Aufklärung, seegehenden Schutz eines französischen Flugzeugträgers und Stabspersonal zur Unterstützung. Zusätzlich sollen diese Maßnahmen durch die Beteiligung an AWACS-Luftraumüberwachungsflügen in türkischem und internationalem Luftraum ergänzt werden. Durch diese können Erkenntnisse in Echtzeit gewonnen und an die internationale Koalition weitergegeben werden.

Gartenbau und Garten- und Landschaftsbau als innovativen Wirtschaftszweig stärken und zukunftsfest machen

Der Gartenbausektor stellt mit einem Umsatz in Höhe von 78 Milliarden Euro einen wichtigen Wirtschaftszweig in Deutschland dar. Rund 700.000 Mitarbeiter arbeiten vor allem in kleinen und mittelständischen Unternehmen. Der Sektor steht vielfältigen künftigen Herausforderungen gegenüber, so etwa Anpassungen an den Klimawandel, aber auch die Gewährleistung einer effizienten Produktion oder die Veränderungen in regionalen und internationalen Absatzmärkten. In unserem Antrag begrüßen wir die bereits ergriffenen Maßnahmen der Bundesregierung zu einer Unterstützung des Wirtschaftszweiges. Sie wird gleichzeitig aufgefordert, dem Gartenbausektor eine zukunftsfähige Perspektive zu bieten und seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Meine Termine vor Ort

24.10.2016, 14.30 Uhr	Kreisversammlung Senioren Union, Recklinghausen
25.10.2016, 18.30 Uhr	Informationsabend Altersvorsorge, Recklinghausen
26.10.2016, 14.00 Uhr	Chemiepark Marl mit Mitarbeitern der AG Ruhr
26.10.2016, 20.00 Uhr	Vorstandssitzung Kreis CDU
27.10.2016, 17.00 Uhr	Senioren Union Marl
27.10.2016, 19.00 Uhr	Kreis Frauen Union
28.10.2016, 10.00 Uhr	Unterzeichnung Rahmenvertrag für den ehemaligen Truppenübungsplatz
29.10.2016, 10.30 Uhr	Bezirksparteitag CDU Ruhr
31.10.2016, 19.00 Uhr	MdEP Pieper zu Gast in Herten
02.11.2016, 18.30 Uhr	Winteressen Kreis Frauen Union
03.11.2016, 18.30 Uhr	Vivawest Abend 2016
04.11.2016, 18.00 Uhr	Kreisvertreterversammlung zur Bundestagswahl 2017
04.11.2016, 19.00 Uhr	Kreisparteitag
05.11.2016, 18.30 Uhr	Patronatsfest KAB St. Martinus Westerholt